



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 45/19 • 12.12.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

die Europäische Kommission hat am 11. Dezember den europäischen „Green Deal“ vorgestellt. Dieser soll der Fahrplan sein, der die Wirtschaft in der EU nachhaltiger machen soll, indem die klima- und umweltpolitischen Herausforderungen in allen Politikbereichen in Chancen umgewandelt und der Übergang für alle gerecht und inklusiv gestaltet werden sollen.

Der Green Deal erstreckt sich auf alle Wirtschaftszweige: Verkehr, Energie, Landwirtschaft und Gebäude sowie die Stahl-, Zement-, IKT-, Textil- und Chemieindustrie.

Um das von der Kommission angestrebte Ziel, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen, gesetzlich zu verankern, will die Kommission innerhalb von 100 Tagen das erste „europäische Klimagesetz“ vorlegen.

Als nächsten Schritt wird die Kommission jetzt das Europäische Parlament und den Europäischen Rat ersuchen, die Ambitionen der Kommission für Europas künftige Wirtschaft und die Umwelt zu unterstützen und ihr bei deren Umsetzung zu helfen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Das Dokument mit den wichtigsten Maßnahmen des Green Deal finden Sie [hier](#)

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
SACHSEN-ANHALT





Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Aus den Institutionen	4
• EU-Innovationsrat unterstützt sieben Start-ups und KMU aus Deutschland • Präsidentin von der Leyen in Afrika • Eurobarometer - Korruption in der EU aus Sicht von Unternehmen weniger verbreitet als früher • Eurobarometer - Schutz der Menschenrechte führt Liste der EU-Werte in Umfrage an • Neuer Europäischer Datenschutzbeauftragter nimmt Arbeit auf	
Aus den Fachbereichen	9
• Umweltagentur besorgt um Zustand von Umwelt und Klima in Europa • Statistiken illustriert - Neue Schlüsseldaten über Europa veröffentlicht • Europäisches Verbraucherzentrum - Umgang mit Geschenk-Gutscheinen in Europa • Viele junge Wissenschaftler aus Deutschland bekommen hochdotierte EU-Förderung • Sieben EU-geförderte Filme bei den Europäischen Filmpreisen 2019 ausgezeichnet • Europäische Grenz- und Küstenwache erhält mehr Personal und technische Ausrüstung • Weiterentwicklung von EU-weiten Quantentechnologien • Emissionshandel in der EU und der Schweiz wird ab Januar 2020 verknüpft	
Was, wann, wo	15
• Staatsminister Rainer Robra in Brüssel • Veranstaltung zur EU-Kunststoffstrategie – innovative Ansätze aus Sachsen-Anhalt	
Ausschreibungen	17
• EPSO – Auswahlverfahren • KOM – EACEA/38/2019 - Erasmus+ LA 3 • Rat – 2 Stellenausschreibungen • Ausschreibungshinweise vom Auswärtigen Amt	
Kontaktbörse	20
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
Büro intern / Tipp	23
• GOEUROPE - Quizfragen	
Ihr Kontakt zu uns	25
Impressum	26



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

EU-Innovationsrat unterstützt sieben Start-ups und KMU aus Deutschland

Die Europäische Kommission hat am 5. Dezember europaweit 75 vielversprechende Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen (KMU), darunter sieben aus Deutschland, in der bisher größten Finanzierungsrunde des KMU-Pilots des Europäischen Innovationsrates ausgewählt.



Die Unternehmen werden mit mehr als 278 Mio. Euro unterstützt. Zu den aus Deutschland ausgewählten Unternehmen zählen R3, ein deutsches Softwareunternehmen in Berlin, das Wireless so effektiv wie Kabel machen will, die Hamburger Firma Nüwel mit dem weltweit ersten Elektroanhänger für Fahrräder und energy &

meteo systems aus Oldenburg, die Daten aus Wettervorhersagen und Standorten von erneuerbaren Energieanlagen nutzen, um Stromflüsse im Netz für die nächsten 48 Stunden in sehr hoher Präzision vorherzusagen und damit Netzbetreibern erstmals eine proaktive Steuerung dezentraler erneuerbarer Energien in ihr Netz ermöglichen.

39 der Unternehmen erhalten nicht nur einen Zuschuss, sondern auch eine Beteiligungsfinanzierung. Die ausgewählten Unternehmen setzen wichtige Innovationen ein, wie z.B. die Schaffung des ersten Internet der Dinge-Netzwerks mit kostengünstigen Satelliten, die Herstellung von nachhaltigem Kraftstoff aus organischem Material oder die Entwicklung von Technologien auf Basis künstlicher Intelligenz, um das Leben von Patienten mit schweren Hirnverletzungen zu verändern.

Dies ist das erste Mal, dass die kombinierte Zuschuss- und Beteiligungsfinanzierung angeboten wird. Sie ermöglicht ein deutlich höheres Finanzierungsniveau (bis zu 17,5 Mio. Euro pro Unternehmen), um das Wachstum europäischer Unternehmen mit bahnbrechenden Innovationen zu beschleunigen. Die Kommission hat auch eine Vereinbarung mit der Europäischen Investitionsbank-Gruppe unterzeichnet, um einen speziellen Fonds für die Verwaltung der Kapitalanlage einzurichten.

Der Europäische Innovationsrat (European Innovation Council, EIC) soll ab 2021 Innovationen auf EU-Ebene gezielter unterstützen. Er fasst die wichtigsten EU-Instrumente unter einem Dach zusammen. Damit sollen Innovationen schneller auf den Markt gelangen und dadurch auch Wachstum und Beschäftigung schaffen.

Bereits in der letzten Programmperiode von Horizont 2020 ab 2018 wurden die wesentlichen Elemente des EIC als „erweiterter EIC Pilot“ mit einem eigenen Arbeitsprogramm getestet. Damit wurde die Grundlage für die EIC-„Dachmarke“ geschaffen und die Weichen für das nächste Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, „Horizont Europa“, gestellt. Die Förderinstrumente sind themenoffen gehalten und bieten auch Raum für interdisziplinäre Ideen. Sie zielen auf marktschaffende Innovationen ab, die für radikal neue, bahnbrechende Produkte, Dienstleistungen, Prozesse und Geschäftsmodelle den Weg bereiten. Sie sollen neue Märkte mit großem Wachstumspotenzial in Europa und darüber hinaus eröffnen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Commission awards more than €278 million to 75 start-ups and SMEs set to shape the future / List of companies selected for funding](#)

[Fact sheet: Innovators guide to the EIC / EIC pilot website / EIC country breakdown](#)



Präsidentin von der Leyen in Afrika

Anlässlich ihres ersten offiziellen Besuchs außerhalb Europas kündigte Präsidentin Ursula von der Leyen am 7. Dezember in Addis Abeba eine intensivere Zusammenarbeit der EU mit Äthiopien und der Afrikanischen Union an. Ursula von der Leyen und Vertreter der Kommission der Afrikanischen Union haben unter anderem vereinbart, im Februar 2020 das erste Zusammentreffen der beiden Kommissionen als „College to College“-Treffen abzuhalten.



In Addis Abeba sagte Präsidentin von der Leyen: „Ich bin hier, um zuzuhören. Ich bin hier, um über die Trends, die Afrika und die Afrikanische Union prägen, über die Entwicklungen auf dem Kontinent, über die politischen und wirtschaftlichen Prioritäten zu sprechen. Und ich bin sehr dankbar für die intensive Diskussion, die wir geführt haben, den Erfahrungsaustausch. Heute haben wir in unseren Diskussionen gesehen, dass es Raum für eine stärkere

Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika gibt.“

Der Besuch in Addis Abeba bot die Gelegenheit, die Partnerschaft zwischen der EU und Afrika auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts, der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, von Frieden und Sicherheit sowie größerer wirtschaftlicher Beziehungen und der Bekämpfung des Klimawandels weiter zu stärken. Im kommenden Jahr steht ein EU-Afrika-Gipfel an.

Präsidentin von der Leyen traf mit dem Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, Moussa Faki Mahamat, zusammen und bekräftigte das Engagement der EU für eine verstärkte Zusammenarbeit auf allen Ebenen. Anschließend führte die Präsidentin bilaterale Gespräche mit dem äthiopischen Premierminister Abiy Ahmed und Präsidentin Sahle-Work Zewde. Präsidentin von der Leyen kündigte in Begleitung der Kommissarin für internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, ebenfalls 170 Mio. Euro an neuen EU-Mitteln zur Unterstützung von Reformen in Äthiopien an. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Die [Daily News](#) vom 09.12.2019

Die [Mitschrift der Erklärung](#) von der Leyens nach dem Treffen mit der äthiopischen Präsidentin

Die [Mitschrift der Erklärung](#) von der Leyens mit dem Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union

Die vollständige [Pressemitteilung](#) zur Unterstützung Äthopiens

Die [Allianz Afrika-Europa](#) für nachhaltige Investitionen und Arbeitsplätze

Eurobarometer - Korruption in der EU aus Sicht von Unternehmen weniger verbreitet als früher

Anlässlich des Internationalen Tages der Korruptionsbekämpfung hat die Kommission am 9. Dezember eine Eurobarometer-Umfrage zur Wahrnehmung von Korruption durch



Unternehmen in der Europäischen Union veröffentlicht. Korruption wird demnach als deutlich weniger verbreitet angesehen als noch 2013.



Die Kommissarin Ylva Johansson, zuständig für Inneres, sagte dazu: „Korruption untergräbt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die eigentlichen Grundlagen unserer europäischen Gesellschaften. Im Laufe der Zeit verschärft ihr heimtückischer Einfluss Ungleichheiten und untergräbt sozialen Zusammenhalt. Wir haben als Union im

Laufe der Jahre wichtige Fortschritte gemacht, aber es bleibt noch viel zu tun. Wir werden weiterhin mit den nationalen Behörden und allen interessierten Interessengruppen zusammenarbeiten, um die Korruption zu bekämpfen.“

Im Detail zeigen die [Ergebnisse](#) der Umfrage, dass 63 Prozent der Unternehmen der Meinung sind, dass Korruption weit verbreitet ist, 2013 waren es noch 75 Prozent. Der Korruptionsbekämpfung stehen Unternehmen jedoch skeptisch gegenüber. So glauben 51 Prozent, dass korrupte Personen oder Unternehmen wahrscheinlich nicht von der Polizei oder Staatsanwaltschaft gemeldet oder gefasst werden.

Die Europäische Union ist bei der Korruptionsbekämpfung vorangekommen mit neuen [Vorschriften zum Schutz von Whistleblowern](#) und zur [Bekämpfung von Geldwäsche](#). Auch der [Zugang der Strafverfolgungsbehörden zu Finanzinformationen](#) wurde erweitert. Darüber hinaus wurde mit der Einrichtung der [Europäischen Staatsanwaltschaft](#) ein weiterer wichtiger Schritt unternommen. Als unabhängige und dezentrale EU-Strafverfolgungsbehörde kann die EU-Staatsanwaltschaft künftig bei Delikten wie Betrug, Korruption oder schwerem länderübergreifendem Mehrwertsteuerbetrug ermitteln, strafrechtlich verfolgen und Anklage erheben.

Die Europäische Kommission wird ihre Anstrengungen zu diesem Thema weiter verstärken, natürlich in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten. Ebenso wird die Korruptionsbekämpfung auch ein Schlüsselement des neuen Zyklus zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsstaaten sein. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Umfrageergebnisse in Deutschland](#)

[Daily News](#)

[Mehr Schutz für Whistleblower: neue EU-Vorschriften ab 2021](#)

[Kommission fordert bessere Umsetzung bei Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung](#)

[Erweiterter Zugang der Strafverfolgungsbehörden zu Finanzinformationen](#)

[Informationen zur Europäischen Staatsanwaltschaft](#)

Eurobarometer - Schutz der Menschenrechte führt Liste der EU-Werte in Umfrage an



In einer am 10. Dezember veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage wurden die Bürger unter anderem gefragt, in welchen Politikbereichen das Europäische Parlament vorrangig tätig werden sollte.

Das Herbst-Eurobarometer des Parlaments fragt die Bürger traditionell, mit welchen politischen Themen sich das Europäische Parlament vorrangig befassen soll. Was die europäischen Werte betrifft, sieht eine klare Mehrheit der Bürger den weltweiten Schutz der Menschenrechte (48%), die Redefreiheit (38%), die Gleichheit zwischen Männern und Frauen



(38%) und die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten der EU (33%) als die wichtigsten Grundwerte, die es in der Europäischen Union zu bewahren gilt.

Obwohl die Prioritäten zwischen den Mitgliedstaaten stark variieren, führt der Klimawandel erstmals die Liste der vorrangigen Themen der Bürger an. Beinahe jede/r dritte Befragte (32%) möchte, dass das Parlament den Kampf gegen den Klimawandel als oberste Priorität behandelt. Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung (31%), der Kampf gegen den Terrorismus (24%) und Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit (24%) folgen auf den weiteren Plätzen in der Rangliste der vorrangigen Themen aller EU-Bürger.

Im Laufe des vergangenen Jahres haben die hauptsächlich von der Jugend angeführten Klimaproteste Millionen Bürger in der EU und der gesamten Welt mobilisiert. Die Daten des „Parlemeter 2019“ spiegeln dieses Gefühl des Klimanotstands wider. Eine absolute Mehrheit der Befragten (52%) sieht im Klimawandel das dringlichste Umweltthema, gefolgt von der Luftverschmutzung (35%), der Meeresverschmutzung (31%), der Abholzung (28%) und der wachsenden Müllmenge (28%). Zudem glauben fast sechs von zehn Europäern, dass die Klimaproteste auf der europäischen und der nationalen Ebene zu mehr politischen Maßnahmen gegen den Klimawandel beigetragen haben.

Fast sechs von zehn Europäern (59%) befürworten die EU-Mitgliedschaft ihres Landes. Damit bleibt die Unterstützung der Bürger für die Europäische Union auch im dritten Jahr in Folge hoch. Das geht aus der Herbst-Ausgabe des Eurobarometers hervor, die vom Europäischen Parlament in Auftrag gegeben und im Oktober 2019 durchgeführt wurde. Die Ergebnisse zeigen auch eine gestiegene Zufriedenheit mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Europäischen Union funktioniert: 52% (+3%p) der Europäer teilen diese Auffassung, was darauf hindeutet, dass die Europawahlen und die gestiegene Wahlbeteiligung positiv dazu beigetragen haben.

Die europäischen Bürger wollen das Europäische Parlament in einer stärkeren Rolle sehen. 58% der Befragten fordern für die Zukunft ein einflussreicheres Parlament. Das entspricht einem Anstieg von 7 Prozentpunkten seit dem Frühjahr 2019 und dem höchsten Wert in dieser Frage seit 2007.

Zu guter Letzt bietet das „Parlemeter 2019“ auch wertvolle Erkenntnisse darüber, an welchen EU-verbundenen Informationen die europäischen Bürger am meisten interessiert sind und wie sie sich stärker an der Politikgestaltung der EU beteiligen könnten. Insgesamt wünschen sich drei Viertel der Europäer (77%) mehr Informationen über die Aktivitäten der europäischen Institutionen. Die konkreten Folgen von EU-Gesetzen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene sowie die Aktivitäten des Europäischen Parlaments und seiner Mitglieder zählen zu den Bereichen, die für die Bürger am relevantesten sind.

• *eag Quelle: PM EP*

Diese Pressemitteilung online mit weiterführenden Links und Informationen: [Link](#)

Neuer Europäischer Datenschutzbeauftragter nimmt Arbeit auf

Wojciech Wiewiórowski ist der neue Europäische Datenschutzbeauftragte. Seit dem 6. Dezember ist er damit verantwortlich für die Einhaltung der Datenschutzregeln bei EU-Organen und –Einrichtungen. Außerdem arbeitet er mit den nationalen Behörden der EU-Mitgliedstaaten zusammen, um eine kohärente Datenschutzpolitik zu gewährleisten. Wiewiórowski wurde durch einen gemeinsamen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates für eine Amtszeit von fünf Jahren ernannt.



Kommissionsvizepräsidentin Vera Jourová, zuständig für Werte und Transparenz, erklärte: „Ich freue mich sehr, dass die Organe und Einrichtungen der EU und insbesondere die Kommission von den umfangreichen Erfahrungen des neuen Europäischen Datenschutzbeauftragten Wojciech Wiewiórowski beim Schutz des Rechts auf Datenschutz profitieren können. Seine Aufsicht und Beratung wird ein wichtiger Beitrag sein, damit wir mit gutem

Beispiel vorangehen können.“

EU-Justizkommissar Didier Reynders sagte: „Die Kommission schätzt das Recht der Bürger auf ihre Privatsphäre und auf den Schutz ihrer Daten sehr und ist in dieser Hinsicht mit gutem Beispiel vorangegangen. Diese Grundrechte müssen von den Organen und Einrichtungen der EU geachtet und in den Gesetzen verankert werden, die unsere Union erstellt. In seiner Rolle als Aufseher und Berater der Organe und Einrichtungen der EU wird Herr Wiewiórowski eine Schlüsselrolle bei der Erreichung dieser Ziele spielen.“

Vor seiner Ernennung war Wojciech Wiewiórowski von 2014 bis 2019 stellvertretender europäischer Datenschutzbeauftragter und Generalinspekteur für den Schutz personenbezogener Daten bei der polnischen Datenschutzbehörde, eine Position, die er seit 2010 innehatte. Außerdem war er stellvertretender Vorsitzender der Artikel-29-Arbeitsgruppe. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 6.12.2019](#)

[Website des Europäischen Datenschutzbeauftragten](#)



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Umweltagentur besorgt um Zustand von Umwelt und Klima in Europa

Europa hat ein enges Zeitfenster von zehn Jahren, um gegen den Artenverlust, die Auswirkungen des Klimawandels und den übermäßigen Verbrauch natürlicher Ressourcen vorzugehen. Zu diesem Schluss kommt der am 4. Dezember veröffentlichte Bericht „Zustand der Umwelt“ der Europäischen Umweltagentur (EUA) und mahnt dringendes Handeln an. Das gestiegene Bewusstsein für Nachhaltigkeit, Innovationen und neue EU-Initiativen wie der Europäische Green Deal gäben Anlass zur Hoffnung.

Europa stehe im Umweltbereich vor Herausforderungen von nie da gewesener Größenordnung und Dringlichkeit, so der EUA-Bericht „[Die Umwelt in Europa – Zustand und Ausblick 2020](#) (SOER 2020)“. Zwar hat die europäische Umwelt- und Klimapolitik in den letzten Jahrzehnten dazu beigetragen, den Umweltzustand zu verbessern, doch sind die

Europäische Umweltagentur



Fortschritte unzureichend. Die Aussichten für die Umwelt in den kommenden zehn Jahren seien nicht positiv.

„Unsere Bewertung zeigt, dass schrittweise Änderungen in einigen Bereichen zu Fortschritten geführt haben, aber nicht annähernd ausreichen, um unsere langfristigen Ziele zu erreichen. Wir verfügen bereits über das Wissen, die Technologien und die Instrumente, die wir brauchen, um wichtige Produktions- und Konsumsysteme wie Ernährung, Mobilität und Energie nachhaltig zu gestalten. Unser künftiges Wohlergehen und unser Wohlstand hängen entscheidend von der Umsetzung dieses Wissen ab. Außerdem muss die ganze Gesellschaft dafür gewonnen werden, solche Veränderungen herbeizuführen und eine bessere Zukunft zu gestalten“, erklärt Hans Bruyninckx, Exekutivdirektor der EUA.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen

Pressemeldung der Europäischen Umweltagentur: [Zustand der Umwelt in Europa 2020: Kurswechsel dringend erforderlich, um dem Klimawandel zu begegnen, die Zerstörung der Umwelt zu stoppen und künftigen Wohlstand zu sichern](#)
[Bericht: Die Umwelt in Europa - Zustand und Ausblick 2020](#)
[Pressekonferenz von Präsidentin von der Leyen](#)



Statistiken illustriert - Neue Schlüsseldaten über Europa veröffentlicht



Die aktuelle Ausgabe von „Schlüsseldaten über Europa — Statistiken illustriert“ enthält eine Auswahl an Schlüsselindikatoren über die Europäische Union und die einzelnen Mitgliedstaaten und wurde auf der Grundlage des umfassenden Datenbestands des EU-Statistikamtes Eurostat erstellt. Sie ermöglicht mit intuitiven Visualisierungen, innovativen Darstellungen von Daten und prägnanten Texten den Lesern, die zwischen den Mitgliedstaaten bestehenden Unterschiede rasch zu erfassen. Die Publikation bietet Einblicke in die gegenwärtige Situation sowie in jüngste Entwicklungen in der gesamten EU und gibt über Menschen und Gesellschaft, Wirtschaft und Unternehmen sowie über Umwelt und natürliche Ressourcen Aufschluss. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 20/2019*

Die Publikation kann über diese Website bestellt werden: [EU-Veröffentlichungen](#)

Europäisches Verbraucherzentrum - Umgang mit Geschenk-Gutscheinen in Europa



Wenige Wochen vor dem Weihnachtsfest informiert das Europäische Verbraucherzentrum über den Umgang mit Geschenkgutscheinen aus anderen EU-Ländern. Seit Ende des ungerechtfertigten Geoblockings können Waren und Dienstleistungen bei Händlern gekauft werden, die ihren Sitz in einem anderen EU-Land haben. Das gilt auch für Gutscheine. Allerdings ist der Verkäufer nicht verpflichtet, nach Deutschland

zu liefern. Auch die Laufzeit kann von den in Deutschland üblichen drei Jahren abweichen. Wenn bei einem Geschenk-Gutschein etwas schief gelaufen ist, oder bei Streit mit einem Händler aus einem anderen EU-Land, Island oder Norwegen hilft das Europäische Verbraucherzentrum Deutschland weiter. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 20/2019*

Zur [Website](#) des Europäischen Verbraucherzentrums

Viele junge Wissenschaftler aus Deutschland bekommen hochdotierte EU-Förderung

Deutsche Forscherinnen und Forscher waren beim aktuellen Wettbewerb um die „Consolidator Grants“ des Europäischen Forschungsrats (ERC) besonders erfolgreich. 52 Anträge von jungen Wissenschaftlern an deutschen Universitäten und Forschungszentren werden unterstützt, weitere führende Standorte sind das Vereinigte Königreich (50),



Frankreich (43) und die Niederlande (32). Dies hat der Europäische Forschungsrat heute (Mittwoch) bekannt gegeben.

Europaweit wurden 310 von insgesamt 2.453 eingereichten Anträgen zur Förderung vorgeschlagen. Die ausgewählten Projekte werden mit 600 Mio. Euro unterstützt. Die Erfolgsquote liegt damit dieses Jahr bei 12 Prozent der Anträge. Nach Nationalität sind ebenfalls deutsche Wissenschaftler mit 55 Grants vorne, gefolgt von französischen (33) sowie niederländischen (28) und italienischen (23). Der Anteil geförderter Wissenschaftlerinnen liegt bei 31 Prozent.

Zu den ausgewählten Projekten in Deutschland gehört die Erforschung der Vorhersage, wie die Klimaänderungen die Erdoberfläche beeinflussen werden. Taylor Schildgen will am Deutschen Forschungszentrum für Geowissenschaften in Potsdam einen Ansatz entwickeln, der Wissenschaftlern helfen soll, Klimamodelle zu testen und vorherzusagen, wie die Erdoberfläche auf Klimaveränderungen reagieren wird. Weitere Projekte an deutschen Forschungseinrichtungen befassen sich z.B. mit der Erforschung von Herzerkrankungen (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg), der Genschere CRISPR (Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig) oder Populismus-Theorien (Eberhard-Karls-Universität Tübingen).

Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation und Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, wies darauf hin, dass Investitionen der EU in die Pionierforschung eine Investition in die Zukunft Europas sind. Deshalb sei die Einigung auf einen ehrgeizigen Mehrjahresrahmen für den Haushalt des künftigen EU-Forschungsprogramms Horizont Europa von so großer Bedeutung. Exzellenz in der Forschung solle keine Frage der Geografie sein.

Die Forscher werden ihre Projekte an Universitäten und Forschungszentren in 24 Ländern durchführen. Mit den ausgewählten Projekten sollen rund 2.000 Arbeitsplätze für Postdocs, Doktoranden und andere Mitarbeiter, die im Forschungsteam der Stipendiaten arbeiten, geschaffen werden.

Mit der Förderlinie „Consolidator Grants“ unterstützt der Europäische Forschungsrat exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, eigene unabhängige Forschungsteams aufzubauen. Antragsberechtigt sind Forschende, deren Promotion zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausschreibung sieben bis zwölf Jahre zurückliegt.

Der Europäische Forschungsrat (European Research Council, ERC) wurde 2007 von der Europäischen Union zur Finanzierung herausragender Pionierforschung eingerichtet. Jedes Jahr werden unabhängig von Staatsangehörigkeit und Alter die besten kreativen Forscher ausgewählt und deren Projekte in Europa finanziert. Der ERC ist zudem bestrebt, Spitzenforscher aus der ganzen Welt zu gewinnen, die in Europa tätig sein möchten. Bislang hat der ERC Projekte von rund 9 000 Spitzenforschern in verschiedenen Phasen ihrer Laufbahn finanziert.

Es werden vier zentrale Förderprogramme angeboten: Starting Grants (Finanzhilfen für Nachwuchsforscher), Consolidator Grants (Finanzhilfen zur Konsolidierung), Advanced Grants (Finanzhilfen für etablierte Forscher) und Synergy Grants (Finanzhilfen für Gruppen herausragender Forscher).

Der Forschungsrat ERC wird von einem unabhängigen Lenkungsorgan, dem wissenschaftlichen Rat, geleitet. Er verfügt über einen Haushalt von 13 Mrd. Euro für die Jahre 2014 bis 2020 als Teil des EU-Forschungsprogramms Horizont 2020. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung des Europäischen Forschungsrates](#)
[ERC website](#) / Forschungsprogramm [Horizon 2020](#)



Sieben EU-geförderte Filme bei den Europäischen Filmpreisen 2019 ausgezeichnet



Sieben von der EU geförderte Filme wurden beim diesjährigen [Europäischen Filmpreis in Berlin](#) mit insgesamt 15 Preisen ausgezeichnet. Der Historienfilm „The Favourite“ des griechischen Regisseurs Yorgos Lanthimos ist mit acht Auszeichnungen der große Gewinner. Die weiteren Gewinner waren „Buñuel en el laberinto de las tortugas“, „The portrait of a lady on fire“, „Les Misérables“, „Cold War“ und „Pain and Glory“. Der Münchener Regisseur Werner Herzog („Fitzcaraldo“) wurde für sein Lebenswerk geehrt. Die ARD-Sky-Koproduktion „Babylon Berlin“ erhielt den Preis als beste europäische Serie, der erstmals verliehen wurde. Der deutsche Film „Systemsprenger“ wurde für die beste europäische Filmmusik ausgezeichnet. Europäische Darstellerin 2019 ist Olivia Colman in „The Favourite“, den Preis für den Europäischen Darsteller 2019 bekam Antonio Banderas für seine Darstellung in „Leid und Herrlichkeit“.

Der Europäische Filmpreis wird jährlich wechselnd in Berlin und in einer anderen europäischen Stadt vergeben. Die mehr als 3.600 Mitglieder der Europäischen Filmakademie stimmen über viele der Preisträger ab.

Der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar Thierry Breton sagte dazu: „Ich bin sehr stolz darauf, dass die von der EU direkt unterstützten Filme an diesem Wochenende zu den Preisträgern der Europäischen Filmpreise gehörten. Dies bestärkt uns in unserer Überzeugung, dass ein starker audiovisueller Sektor, den wir mit dem MEDIA-Programm erreichen können, zu unserem Ziel beiträgt, die europäische Kultur und Vielfalt sowie unsere gemeinsamen Werte der Medienfreiheit und des Pluralismus zu stärken.“

Die Europäischen Filmpreise würdigen die größten Leistungen des europäischen Films und sind in 23 Kategorien unterteilt. Sie werden von der Europäischen Filmakademie organisiert, die 1988 mit dem Ziel gegründet wurde, die europäische Filmkultur zu fördern, und vom [MEDIA-Programm Creative Europe](#) unterstützt, das den europäischen Film und andere audiovisuelle Branchen unterstützen soll. Das MEDIA-Programm Creative Europe stellt Mittel für die Entwicklung, Förderung und Verbreitung europäischer Werke innerhalb und außerhalb Europas bereit. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 9. Dezember 2019](#)

Europäische Grenz- und Küstenwache erhält mehr Personal und technische Ausrüstung

Mit dem am 4. Dezember in Kraft getretenen verstärkten Mandat erhält die Europäischen Grenz- und Küstenschutzagentur eine ständige Reserve von Einsatzkräften. Damit kann die Agentur die Beamten der Mitgliedstaaten vor Ort wirksamer unterstützen. Mit der [neuen Verordnung](#) wird das Europäische Grenzüberwachungssystem (Eurosir) in den Frontex-Rahmen eingegliedert, um ihn noch effektiver zu machen. Ab Januar 2021 wird die Europäische Grenz- und Küstenschutzagentur mit einer eigenen ständigen Reserve von Grenzschutzbeamten ausgestattet, die jederzeit und überall einsatzbereit sind.



Diese Reserve soll schrittweise aufgebaut werden und bis 2027 auf 10.000 Personen anwachsen. Bestehen wird sie aus Einsatzkräften von Frontex und Einsatzkräften der Mitgliedstaaten sowie einer Reserve für Soforteinsätze, die bis 2024 beibehalten wird. Der Vizepräsident für die Förderung der europäischen Lebensweise, Margaritis Schinas, sagte: „Alle unsere Bemühungen konzentrieren sich nun darauf, den raschen Aufbau der ständigen Reserve zu gewährleisten und der Agentur zu helfen, ihre neuen Aufgaben rasch zu übernehmen, damit sie die Mitgliedstaaten vor Ort dauerhaft, zuverlässig und im Geiste der Solidarität unterstützen kann. Die europäischen Grenzen sind ein Thema von gemeinsamem Interesse, und ich freue mich, dass wir uns darauf vorbereiten, sie auf eine europäischere Art und Weise zu überwachen.“

Die für Inneres zuständige Kommissarin Ylva Johansson fügte hinzu: „Die Vorbereitungen für den Aufbau des ständigen Korps laufen auf Hochtouren, wobei ein klarer Fahrplan bereits ausgearbeitet und gebilligt und eine [laufende Einstellungskampagne](#) für Grenzschutzbeamte von der Agentur gestartet wurde. Dank der ständigen Reserve können die Mitgliedstaaten auf die konkrete und operative Unterstützung der EU in einem beispiellosen Ausmaß zählen.“ Nach den neuen Bestimmungen kann Frontex den Mitgliedstaaten künftig technische und operative Unterstützung bei Rückführungsaktionen leisten. Dies geschieht im Einvernehmen mit dem betroffenen Mitgliedstaat - entweder auf dessen Ersuchen oder aus eigener Initiative. Unterstützt werden alle Aspekte der Rückführung und der Rückkehr, von der Vorbereitung bis zu Maßnahmen nach der Rückkehr bzw. nach der Ankunft.

• eag Quelle: PM KOM

Weitere Informationen:

[Daily News vom 4. Dezember 2019](#)

13

Weiterentwicklung von EU-weiten Quantentechnologien

Neun weitere EU-Mitgliedstaaten haben sich der Erklärung über die Quantenkommunikationsinfrastruktur in Europa angeschlossen. Somit verpflichten sich nach den zehn bisherigen Unterzeichnern auch Kroatien, Zypern, Griechenland, Frankreich, Litauen, Slowakei, Slowenien, Schweden und Finnland innerhalb der nächsten zehn Jahre gemeinsam an einer hochsicheren Quantenkommunikationsinfrastruktur zu forschen. Das Engagement deutscher Forscher zeigt sich bereits durch die hohe Beteiligung an den 20 bisher bewilligten



QUANTUM
FLAGSHIP

Projekten der Einstiegsphase des Quantum Flagships, wie z.B. dem Projekt MetaboliQs, an dem die Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung mitarbeitet.

Das MetaboliQs-Projekt will die Quantendynamik nutzen, um eine sichere multimodale Herzbildgebung zu ermöglichen, die eine bessere Diagnose von Herz-Kreislauf-Erkrankungen ermöglichen soll.

Die EU-Kommission fördert die „Leitinitiative zur Quantentechnik“ als Teil des EU-Forschungsprogramms Horizon2020 Programmes mit einer Summe von insgesamt 1 Mrd. Euro. Es vereint über 5.000 Spitzenforscher und fördert die Forschung auf fünf Feldern der Quantentechnologie. Langfristig soll dadurch in Europa ein sogenanntes Quantennetz entstehen, in dem Quantencomputer, -simulatoren und -sensoren über Quantenkommunikationsnetze miteinander verbunden sind.



Seit 1998 wurden mithilfe des Kommissionsprogramms für neue und neu entstehende Technologien (FET) rund 550 Mio. Euro für die Quantenforschung in Europa bereitgestellt. Die Leitinitiative zur Quantentechnik ist eine [FET-Leitinitiative](#) der EU (d. h. für künftige und neu entstehende Technologien), in der sich Forscher und Industrie aus verschiedenen Bereichen zusammenfinden, um wichtige wissenschaftliche Fortschritte zu erzielen und sie in konkrete Innovationen zu verwandeln, die das Wirtschaftswachstum fördern und dazu beitragen werden, die gesellschaftlichen Herausforderungen in Europa zu bewältigen. Die Leitinitiative zur Quantentechnik ist Teil der [Europäischen Cloud-Initiative](#) der Kommission, die im April 2016 zusammen mit einer ganzen [Reihe von Maßnahmen](#) gestartet wurde, um nationale Initiativen zur Digitalisierung der Industrie und zugehöriger Dienstleistungen zu unterstützen und miteinander zu verknüpfen und um – gestützt auf strategische Partnerschaften und Netze – neue Investitionsanreize zu geben. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 4. Dezember 2018](#)

[Pressemitteilung vom 29.10.2018 zum Start der Leitinitiative zur Quantentechnik](#)

[Factsheet zur Leitinitiative zur Quantentechnik](#)

[Website zur Leitinitiative zur Quantentechnik](#)

[FAQ zur Quantenkommunikationsinfrastruktur](#)

Emissionshandel in der EU und der Schweiz wird ab Januar 2020 verknüpft

Ab 1. Januar 2020 sind die Emissionshandelssysteme der EU und der Schweiz miteinander verbunden. Ein entsprechendes Abkommen hatten beide Partner im November 2017 unterzeichnet; sie haben nun den Ratifizierungsprozess vollständig abgeschlossen. Emissionsrechte aus beiden Systemen werden ab Januar gegenseitig anerkannt und können in beiden Systemen angerechnet werden. Das Abkommen zur Verknüpfung zwischen der EU und der Schweiz ist das erste seiner Art, und es umfasst auch den Luftfahrtsektor. „Das Abkommen sendet ein starkes Signal, dass wir breitere und umfassendere Kohlenstoffmärkte mit Vorteilen für unser Klima und unsere Umwelt schaffen können“, erklärte Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der Kommission.

Vernetzte Kohlenstoffmärkte können zu einer Annäherung der Kohlenstoffpreise in verschiedenen Ländern führen und so wiederum das Risiko einer CO₂-Verlagerung ins Ausland senken. Die Verknüpfung der beiden Systeme erweitert den Markt und erweitert die Möglichkeiten zur Emissionsminderung. Sie trägt so zu mehr Kosteneffizienz, einer besseren Lastenverteilung, effizienteren Emissionsreduzierungen und niedrigeren allgemeinen Compliance-Kosten bei.

Die EU-Emissionshandelsrichtlinie ermöglicht eine Verknüpfung mit anderen Systemen, sofern beide Systeme kompatibel, verbindlich und mit absoluten Emissionsobergrenzen ausgestattet sind. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemeldung: [Agreement on linking the emissions trading systems of the EU and Switzerland](#)

[Fragen und Antworten](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Staatsminister Rainer Robra in Brüssel



Am **10. Dezember** 2019 reiste Staatsminister Rainer Robra zu verschiedenen Gesprächsterminen nach Brüssel. U.a. führte er ein Gespräch mit dem stellvertretenden Generaldirektor der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission, Herrn Prof. Klaus-Dieter Borchardt. Prof. Borchardt ist die maßgebliche Kraft, die zur Einrichtung der Europäischen Kohleplattform geführt hat.

Die Gesprächspartner thematisierten den von der Kommission geplanten sogenannten „Green Deal“ und den Plan, Europa bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu gestalten. Sie unterhielten sich darüber, welche Bedeutung das Vorhaben in Bezug auf den Kohleausstieg und dem damit verbundenen Strukturwandel in den betroffenen Regionen haben wird, zu denen auch Sachsen-Anhalt gehört. Hierbei tauschten sich die Gesprächspartner auch zu dem von der Kommission in Aussicht gestellten Fonds für einen fairen Übergang (Just Transition Fonds) aus. • cj

15

Veranstaltung zur EU-Kunststoffstrategie – innovative Ansätze aus Sachsen-Anhalt



Am **10. Dezember** fand in der Landesvertretung Brüssel eine Veranstaltung unter dem Titel „Verantwortung in der Ressourceneffizienz – die Europäische Kunststoffstrategie als Treiber für innovative Lösungsansätze?“ Eingeladen dazu hatten das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sowie die EU-Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt.



Dr. Jürgen Ude, Wirtschafts-Staatssekretär, betonte in seinem Grußwort die immensen Herausforderungen, vor denen die Chemie- und Kunststoffindustrie in Sachsen-Anhalt stehe. So müsse sie ihre Rohstoffbasis nachhaltig sichern, gleichzeitig aber weniger Treibhausgas emittieren.



Innovative Ideen und der Einsatz neuer Technologien seien entscheidend, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern. Dem konnte MdEP Sven Schulze (CDU), Europaabgeordneter für Sachsen-Anhalt, nur zustimmen. Sachsen-Anhalt sei sowohl in der Produktion als auch beim Recycling von Kunststoffen sehr gut aufgestellt, mit Innovationen, die in ganz Europa wirken können. Das ebenfalls vortragende Unternehmen APK AG, vertreten durch Vorstandsmitglied Klaus Wohnig, aus Merseburg, welches

Dank eines innovativen Verfahrens Kunststoff-Folienverpackungen so weit recyceln kann, dass neuwertige Kunststoffe entstehen, wurde von Sven Schulze als Leuchtturm zur Erreichung der EU-Klimaziele bezeichnet.

Paulo Lemos von der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission informierte anschließend über die Umsetzung der Europäischen Kunststoffstrategie und gab einen Ausblick auf den Grünen Deal für Europa, der neuen Klimastrategie der EU. Abgerundet wurde die Veranstaltung mit Beiträgen über „Möglichkeiten und Grenzen des chemischen Recyclings von Kunststoffen“ (Hanno Pfeil, Evonik) und Beiträgen aus der Wissenschaft, so referierte Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Blum, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg über die „volkswirtschaftliche Bedeutung der Kreislaufwirtschaft im Rahmen der Europäischen Kunststoffstrategie“ sowie Dr. Ulrich Wendler, Fraunhofer-Pilotanlagenzentrum für Polymersynthese und -verarbeitung (PAZ), zur „Recyclingorientierten Standardisierung des Aufbaus von Kunststoffverpackungen“.

Fotos: [MW-Twittereintrag](#)



Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	EUROPÄISCHES AMT FÜR PERSONALAUSWAHL Bekanntmachung eines allgemeinen Auswahlverfahrens— EPSO/AD/380/19 — Beamte (M/W) der Funktionsgruppe „Administration“ (Besoldungsgruppen AD 7/AD 9) — Internationale Zusammenarbeit und Verwaltung der Hilfe für Nicht-EU-Länder
Fundstelle: Abl.	C 409 vom 5. Dezember 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:409:FULL&from=DE C 409 A vom 5. Dezember 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:409A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	14. Januar 2020
Antragsunterlagen:	Weitere Informationen finden Sie auf der EPSO-Website: https://epso.europa.eu/ Bewerben Sie sich online über die EPSO-Website http://jobs.eu-careers.eu

Gegenstand:	EUROPÄISCHE KOMMISSION AUFFORDERUNG ZUR EINREICHUNG VON VORSCHLÄGEN EACEA/38/2019 im Rahmen des Programms Erasmus+ Leitaktion 3: Unterstützung politischer Reformen Europäische experimentelle Maßnahmen in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung unter der Federführung hochrangiger Behörden
Fundstelle: Abl.	C 410 vom 6. Dezember 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:410:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	Erstvorschläge: 21. April 2020 Vollanträge: 24. September 2020
Antragsunterlagen:	Alle Informationen zu der Aufforderung EACEA/38/2019 sind auf der folgenden Website verfügbar: https://eacea.ec.europa.eu/erasmus-plus/forderung_de — Referenznummer der Aufforderung: EACEA/38/2019 Kontakt per E-Mail: EACEA-Policy-Support@ec.europa.eu

Gegenstand:	RAT Stellenausschreibung CONS/AD/152/19 TREE 2 Stellenausschreibung CONS/AD/155/19 ECOMP 1
Fundstelle: Abl.	C 412 A vom 9. Dezember 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:412A:FULL&from=DE



Bewerbungsfrist:	7. Januar 2020
Antragsunterlagen:	Das elektronische Bewerbungsformular finden Sie auf der Website des Rates unter folgendem Link: https://www.consilium.europa.eu/de/general-secretariat/jobs/job-opportunities/

Ausschreibungshinweise vom Auswärtigen Amt

1. Das Europäische Personalauswahlamt hat am 5. Dezember die Ausschreibung für Beamte der Funktionsgruppe Administration „**Internationale Zusammenarbeit und Verwaltung der Hilfe für Nicht-EU-Länder**“ veröffentlicht EPSO/AD/380/19 - AD7/AD9 veröffentlicht.

Um sich bewerben zu können, benötigen Sie ein abgeschlossenes, mindestens dreijähriges Hochschulstudium (Bachelor), Kenntnisse in zwei EU-Amtssprachen (eine davon muss Englisch oder Französisch sein) und die Unionsbürgerschaft.

Außerdem müssen Sie eine mindestens sechs- bis siebenjährige Berufserfahrung in internationaler Zusammenarbeit vorweisen können (AD7). Für die höhere Besoldungsgruppe (AD 9) sind zehn bis elf Jahre Berufserfahrung in internationaler Zusammenarbeit erforderlich.

Weitere Informationen sowie den Ausschreibungstext für das Auswahlverfahren finden Sie unter

https://epso.europa.eu/job-opportunities/news/7235_open-applications-administrators-international-cooperation-and-managing_en (siehe auch Tabelle auf der Vorseite)

Die Bewerbungsfrist endet am 14. Januar 2020 um 12.00 Uhr mittags (MEZ).

Wie immer wird interessierten Bewerbern Unterstützung bei der Bewerbung sowie bei der späteren Vorbereitung auf die Tests angeboten.

Hierfür können Sie sich ab sofort bei der Firma Seibel *WeltWeitLeben* unter e13-seminare@seibel-wwl.de anmelden.

2. Dr. iur. Sergey Lagodinsky MdEP bietet Rechtsreferendar*innen die Möglichkeit, ihre **Verwaltungs- oder Wahlstation in seinem Büro im Europäischen Parlament in Brüssel** zu absolvieren. Das Büro sucht derzeit dringend zum nächstmöglichen Zeitpunkt ab Anfang Januar.
Als Rechtsreferendar*in unterstützen Sie vornehmlich die parlamentarische Arbeit von Sergey Lagodinsky im Rechtsausschuss. Darüber hinaus unterstützen Sie rechtlich und politisch seine weiteren Aufgabenfelder, etwa im Innenausschuss, im Auswärtigen Ausschuss, in der Türkei-Delegation sowie innerhalb der Grünen/EFA Fraktion.
Bewerbungen werden laufend und auch für spätere Zeiträume entgegen genommen (Vorlaufzeit von etwa zwei Monaten). Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an sergey.lagodinsky@europarl.europa.eu oder telefonisch an +32 2 28-45 912.



3. Und noch ein Hinweis: Ab sofort können Sie sich für ein **Doktorstudium am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz** bewerben. Weitere Hinweise finden Sie unter: <https://www.eui.eu/ServicesAndAdmin/AcademicService/DoctoralProgramme>

Die Bewerbungsfrist endet am 31.01.2020 um Mitternacht.

- *eag Quelle: Rundmail AA vom 6. Dezember 2019*



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Wir stehen Unternehmen zur Seite

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungs- gesuch Frankreich	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Industriepartner aus Kosmetik-, Pharmazie- oder Pestizidbereich für Forschungsprojekt gesucht Eine französische Universität sucht Industriepartner für ein internationales Konsortium, das auf ein Projekt im Rahmen des Forschungsförderprogramms Horizon 2020 bewirbt. Es befasst sich mit der Erforschung von Flechten und zielt auf die Entwicklung einer nachhaltigen und erneuerbaren Quelle für ursprüngliche bioaktive Moleküle ab. Die Erforschung der assoziierten Mikroorganismen und ihres biosynthetischen Potenzials wird neue bioaktive Verbindungen identifizieren. Die gesuchten Partner testen und validieren diese in einem realistischen Umfeld im Rahmen einer Forschungsvereinbarung. Sie sollen eine wirtschaftliche und kommerzielle Vision einbringen. Sie sollten aus einem der folgenden Bereiche kommen: Kosmetik, Pestizide / Pflanzenschutz, Pharmazie. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/9c87202e-c332-4201-b5db-b0ffdf50aab5 Referenznummer: RDFR20191129001



Forschungs- gesuch Italien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Partner für strukturelle Zustandsüberwachung von Brücken gesucht Ein italienisches KMU, führend in den Bereichen Verkehrssicherheit, Crash-Test und Aufpralltest, sucht Partner aus der Industrie und/oder Forschung, um einen Fast Track Innovation (FTI)-Antrag einzureichen. Das Projekt ist ein Internet of Things (IOT) Smart Diagnostic Sensor, der in eine Cloud-Plattform zur strukturellen Zustandsüberwachung des Netzwerks von Bridge integriert ist. Das Ziel ist es, eine Echtzeit-Überwachung von Brücken durch automatische Alarmsensoren bereitzustellen, die auf allen potenziell gefährlichen Teilen von Brücken installiert sind. Das Unternehmen ist auf der Suche nach Partnern mit nachgewiesener Erfahrung in der Durchführung von EU-Projekten und nachgewiesener Kompetenz im folgenden Themenbereich: Smart-Sensorik, IoT, Datenverarbeitung, F&E-Organisation. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/59dbde48-dccb-4600-a76a-c9590e5722c6 Referenznummer: RDIT20191205001
Technologie- gesuch Schweden	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Hersteller von gerichteten Platin/Iridium- Mikrodrähten für Medizinprodukte gesucht Ein schwedisches Start-up-Unternehmen, das Biosensoren für Medizinprodukte entwickelt, sucht Hersteller und Experten auf dem Gebiet der Elektrodendrähte. Insbesondere suchen sie jemanden, der mikrometerdünne Platin/Iridium-Elektrodendrähte verstärken, ausrichten und schneiden kann, die in einem im Gehirn implantierten medizinischen Gerät verwendet werden sollen. Es werden Partner gesucht, die in der Lage sind, den Draht zu



		verstärken, zu "entkurven", auszurichten und automatisch zu schneiden und die an einer technischen Kooperation und/oder einem Fertigungsvertrag interessiert sind. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/823ad3d8-5637-4bb2-9711-c8fb30217624 Referenznummer: TRSE20191128001
Geschäftliches Gesuch Polen	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Corinna Kunert Tel. 0391 74435-22 E-Mail: kooperation@een-sachsen-anhalt.de	Polnisches Unternehmen sucht Hersteller von halbautomatischen Big-Bag-Entladern Ein polnisches KMU aus der Region Niederschlesien, das im Agrarsektor tätig ist, sucht Hersteller von halbautomatischen Big-Bag-Entleerstationen. Die Geräte sollen nach den technischen Zeichnungen der polnischen Firma gebaut werden. Zu den Aufgaben im Rahmen der Fertigungsvereinbarung gehört auch die Beschaffung der Materialien. Der Partner sollte in der Lage sein, 1-2 Geräte pro Monat zu produzieren. Das Unternehmen ist an einer langfristigen Zusammenarbeit im Rahmen eines Produktionsvertrages interessiert. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/71a3fa20-a7a6-41a0-9222-1d3abdd021dd Referenznummer: BRPL20191128001

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt transnational“.



**Deutsches
Rotes
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Das von der Europäischen Kommission betriebene Europe Direct Contact Centre (EDCC), auch Europas Bürgertelefon genannt, ist Europas direkter Ansprechpartner für BürgerInnen, die Fragen zur Europäischen Union haben. Unter der Telefonnummer 00800 6 7 8 9 10 11 können aus allen EU-Mitgliedsstaaten gebührenfrei Nach- und Anfragen gestellt werden.



1. Das Bürgertelefon kann in vielen Angelegenheiten zum Thema EU weiterhelfen. Welche der folgenden Antwortmöglichkeiten liegt nicht im Aufgabenbereich des Europe Direct Contact Centres?

- A) Hilfe bei detaillierten Recherchen
- B) Funktion als Brexit Helpline
- C) Rechtsberatung geben

2. Wie viele Fragen beantworteten die MitarbeiterInnen des Europe Direct Contact Centres schätzungsweise im vergangenen Jahr (2018)?

- A) 53.000 Fragen
- B) 109.000 Fragen
- C) 147.000 Fragen

3. Für EU-BürgerInnen aus allen Mitgliedsstaaten ist der Service des Bürgertelefons kostenlos. Aus welchem Land kommen die meisten Anrufe?

- A) Belgien
- B) Deutschland
- C) Italien



Lösung:

1. C) Das Europe Direct Contact Centre beantwortet Fragen zur Europäischen Union per Telefon oder Mail in allen 24 Sprachen der EU. Neben der zügigen Beantwortung allgemeiner Fragen zur EU, hilft das EDCC bei der Navigation auf den Webseiten der EU-Institutionen und bei detaillierten Recherchen. In diesem Zusammenhang können die 40 MitarbeiterInnen auch Nachfragen an den / die geeignete(n) Sachverständigen / Sachverständige der Kommission stellen oder die Anrufenden an weitere Informations- und Beratungsstellen weiterleiten. Im Rahmen der Brexit-Verhandlungen dient das Bürgertelefon auch als Brexit Helpline für BürgerInnen. In diesem Zusammenhang erreichte das EDCC in diesem Jahr etwa 5000 Fragen. Es ist jedoch nicht Aufgabe des Bürgertelefons, Beschwerden der BürgerInnen entgegen zu nehmen oder Problem zu lösen. In diesen Fällen können die Kontaktdaten der dafür zuständigen Fachstellen genannt werden. Ebenfalls nicht im Aufgabenbereich des Kontaktzentrums liegen das Kommentieren der EU-Politik sowie eine Rechtsberatung für AnruferInnen.

2. B) Im Jahr 2018 beantworteten die MitarbeiterInnen des Europe Direct Contact Centres etwa 109.000 eingehende Fragen. Schätzungen zufolge soll die Anzahl der beantworteten Fragen in diesem Jahr auf mindestens 120.000 steigen. Dies entspricht durchschnittlich 328 Fragen pro Tag und somit im Durchschnitt 8 Fragen pro MitarbeiterIn täglich. 86% der eingehenden Fragen können direkt beantwortet werden. 85% der anrufenden BürgerInnen sind mit dem Service des Bürgertelefons zufrieden. Die meisten AnruferInnen stellen Fragen zur Auswirkung der EU auf ihren Alltag, wie beispielsweise zu ihren Rechten oder Möglichkeiten, zu den EU-Institutionen oder den Mitgliedsstaaten. Zudem war besonders in diesem Jahr die Europawahl im Mai ein Thema, zu dem das Bürgertelefon besonders oft kontaktiert wurde. Seltener werden Fragen zu Themen wie Steuern, Zoll oder Karrieremöglichkeiten beantwortet. Neben Anrufen aus der EU nehmen auch BürgerInnen aus Nicht-EU-Staaten die Möglichkeit der Informationsbeschaffung wahr: ca. 16% der Anfragen kommen von außerhalb der EU.

3. B) Laut Fact-sheet des Europe Direct Contact Centres kommen mit knapp 10% die meisten der über 100.000 Anrufe aus Deutschland, gefolgt von Belgien mit gut 8% und Großbritannien, Spanien, Italien und Frankreich mit je etwa 7 %. Etwas mehr als 2% der Anrufer aus Schweden, Griechenland und Portugal nutzen die Möglichkeit, über das Europe Direct Contact Centre Informationen zu bekommen. Kaum Anrufe erhalten die MitarbeiterInnen des Bürgertelefons aus den Ländern Malta, Luxemburg, Estland und Lettland. Neben Nachfragen per Telefon unter der kostenfreien (EU) Nummer 00 800 67 89 10 11 werden auch in kurzer Zeit Fragen der BürgerInnen per Mail im Kontaktformular unter www.europedirect.europa.eu beantwortet.

Auch das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt/ Halle informiert Sie über EU-Angelegenheiten und beantwortet Ihre Fragen gern unter der Nummer 0345 279532557 oder per Mail an info@europedirect-halle.de. Wir freuen uns, Ihnen weiterhelfen zu können.



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Antos (SIA)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr, Soziales	...16	E-Mail
Antonieta Hofmann (AH)	Kultur, Bildung, ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Jana Koch (JK)	Praktikantin	...22	E-Mail
Sophia Neumann (SN)	Praktikantin	...18	E-Mail
Katrina Glogger (KG)	Rechtsreferendarin	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

